Nr. 30a
XXXI. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Parlaments-Ausgabe

Berlin
18. Januar 1902

Haus der Abgeordneten.

7. Sitzung vom 17. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Freiherr v. Rheinbaben.

Die erste Beratung des **Staatshaushaltsetats** wird fortgesetzt.

Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen.

Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben**:

Ich genüge einer angenehmen Pflicht, wenn ich heute den Rednern aus dem Hause hier, die dem Etat wohlwollende Beurteilung haben zu Theil werden lassen, einschließlich dem Abg. Richter, hierfür meinen Dank aussprechе. Ich hätte gewünscht, daß dem heimgegangenen Staatsminister v. Miquel in früheren Jahren wegen seiner Finanzpolitik Anerkennung gezollt wäre. Der Abg. Richter hat von dem Verhältniß des Reiches zu den Bundesstaaten gesprochen; er hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Schwankungen der indirekten Steuern nicht auf das Reich übernommen werden könnten. Ich halte es doch nicht für berechtigt, daß das Reich, das die indirekten Steuern für sich allein behält, die Schwankungen auf Andere abwälzt. Die Vermögenssteuer auf das Reich zu übertragen, ist nicht angängig, da diese doch lediglich eine Ergänzungssteuer ist. Es heißt hier: Principiis obsta! Wir können nicht zugeben, daß auch die direkten Steuern für das Reich mit Beschlag belegt werden. Wenn Abstriche erst im Bundesrath gemacht werden, dann ist es zu spät; der Bundesrath besitzt gar nicht das Maß detaillirter Kenntniß, das hier erforderlich ist. Es ist aber doch kein rechtes Verhältniß, daß der Eine die Kosten trägt und der Andere die Ausgaben macht. Wer auf Kosten seines Herrn Vaters Ausgaben macht, wird wenig geneigt sein, zu sparen. Für die Wohnungsinspektion sind zwar in erster Linie die kommunalen Beamten in Aussicht genommen, es giebt aber doch auch staatliche Aufgaben auf diesem Gebiete. Die Regierungspräsidenten bedürfen eines besonderen Beamten, der auf diesem Gebiete unterrichtet ist. Die Kommunalbeamten sind das stabile, erhaltende Element, es ist sehr wohl möglich, daß diese nicht in dem Maße Sachkenntniß besitzen, wie erforderlich ist. Die Wohnungsinspektion soll das fördernde, berathende, nicht in erster Linie aufsichtführende Organ sein. Der Wohnungsgeldzuschuß bildet einen Theil des Gehalts. Es ist an dem Grundsatz festgehalten worden, daß die Gehaltsregelung als abgeschlossen anzusehen ist. Es könnte nur eine Verlegung in eine andere Servisklasse vorgenommen werden. Herr Richter hat auch den Dispositionsfonds berührt, und der Abg. Freiherr ist ihm zu meinem Bedauern darin beigetreten. Ich bedauere das umsomehr, als wir im Interesse der gemischtsprachlichen Landestheile deren Hebung für durchaus nothwendig halten. Die Regierungspräsidenten sind doch zweifellos am besten im Stande, für die richtige Verwendung Sorge zu tragen. Dem Wunsch, daß die Beamten nicht nach dem Kastengeist verfahren, der leider Gottes nun einmal im Deutschen sitzt, kann ich mich nur anschließen. Aber wie soll man diesen Wunsch erfüllen? Wir hoffen, durch die Vereinshäuser eine soziale Annäherung zu erreichen. Der Abg. Richter meinte, bei den Provinzialdotationen stände sich der Osten viel besser als der Westen, da die Dotationen nach der Quadratmeile vertheilt würden. Es kann dem gegenüber nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß die Chausseen im Westen gut ausgebildet sind, während im Osten thatsächlich ein stärkeres Bedürfniß nach neuen Chausseen vorhanden ist. — Der Minister belegt dies zahlenmäßig. Während an Ostpreußen für diesen Zweck nur 420,000 Mark, sind für Hannover zum Beispiel schon 1,200,000 Mark bewilligt. Eine generelle Herabsetzung der Personentarife ist zur Zeit nicht möglich; auch eine Minderung der Frachttarife kann ich nicht in Aussicht stellen; die Tarife sind seit 1889 ständig herabgegangen; dem preußischen Staate sind daraus Ausfälle in Höhe von 60 Millionen Mark erwachsen. Der Abgeordnete Freiherr v. Zedlitz wünscht eine Gütertarifreform und wünscht den Ausfall zu decken durch entsprechende Ersparnisse im Extraordinarium des Eisenbahnetats. Leicht bei einander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen. Der Freiherr v. Zedlitz ist sich offenbar der Schwierigkeiten nicht bewußt. Die Einstellungen im Extraordinarium sind nöthig. Es wäre allerdings für den Finanzminister sehr bequem, wenn er wie der filius dem pater immer auf der Tasche läge! Und wenn dann die anderen Ressorts auch etwas für ihr Extraordinarium haben wollten, bliebe mir doch eigentlich nichts anderes übrig als mich der Marginalbemerkung Friedrich Wilhelms IV. zu bedienen: non habeo pecuniam. (Heiterkeit.) Wir dürfen der Eisenbahnverwaltung nicht die freie Beweglichkeit beschneiden, wenn wir auch verstaatlichte Eisenbahnen haben. Der Eisenbahnminister kann seine Vorschriften, die Bedürfnisse des Verkehrs am besten übersehen. Bei dem Wettstreit der Ressorts, ihre Anforderungen geltend zu machen, muß eine Hand da sein, die einen billigen Ausgleich schafft und die Anforderungen gegen einander abwägt. Der Kultusminister hat eine Aufbesserung der Gehälter u. s. w. beantragt, sollte die unterbleiben? Ist es etwas so Exorbitantes, wenn ein so großes Betriebsunternehmen wie unsere Eisenbahnen ein starkes Extraordinarium hat und ein großes verbendes Vermögen? Sehen Sie sich die Budgets anderer großer Unternehmungen an! Eine Herabminderung der Taxife darf also nicht auf Kosten des Extraordinariums geschehen. (Der Minister wird im Verlaufe seiner Ausführungen sehr schwer verständlich.) Mit den Eisenbahnfrachten Amerikas können wir uns nicht ohne Weiteres vergleichen. Eine Revision des Einkommensteuergesetzes könnte leicht dahin führen, daß die Wirkung nicht nach oben, sondern nach unten besonders bemerklich wird. Unser Verhältniß zum Reich ist ebenfalls noch nicht ganz geklärt, die Eisenbahneinnahmen sind schwankend. Ich bitte Sie also, gegenwärtig noch nicht momentanen Eingebungen und Anregungen zu folgen, sondern zu warten, bis gesicherte und klare Verhältnisse vorliegen. (Beifall.)

Abg. Dr. **v. Jazdzewski** (Pole):

Es wird uns vorgeworfen, daß wir uns von den Deutschen absondern. Was bleibt uns denn übrig? Der Justizverwaltung kann ich den Vorwurf nicht ersparen, daß sie das Vertrauen der Bevölkerung in ihrer Unparteilichkeit sehr erheblich geschwächt hat. Das Verbot aller möglichen polnischen Versammlungen macht viel böses Blut. Die Bevölkerung empfindet das als Schikane. Wenn die Beamten polnisch verstanden, dann würden der Mißverständnisse weniger sein. Die zum Baudeutscher Vereinshäuser bestimmten Summen sind das beste Mittel, die Deutschen und Polen gesellschaftlich zu trennen, sie werden also das erreichen, was nicht erreicht werden soll. Simultanschulen sind das verderbteste Mittel, das Deutschthum zu fördern.

Abg. **Ehlers** (fr. Vg.):

Die Mehrheit in diesem hohen Hause wird ja nun einmal aus den konservativen Parteien gebildet. Wenn sich diesen Parteien noch irgend eine andere Gruppe anschließt, so können sie alles erreichen. Die Regierung kommt ihnen deshalb auch stets freundlich entgegen. Das zeigt sich in diesem Jahre wieder bei der Etatsposition betreffend die Kreisschulinspektion. In der vorigen Session war die Mehrheit dieses Hauses nicht geneigt, auf unser Zureden einzugehen, und wir werden nun leider auch in dieser Session die nöthigen weltlichen Schulinspektionen nicht bekommen. Ich kenne die Motive der königlichen Staatsregierung nicht, will sie deswegen vorläufig noch nicht mißbilligen. Weshalb die Forderungen aus der vorigen Session für weltliche Schulinspektoren nicht wiederholt werden, verstehe ich nicht, zumal mir neuerdings der durchaus konservative Regierungspräsident von Danzig versichert hat, es wäre unbedingt nöthig, die Forderungen zu wiederholen, es ginge gar nicht anders. Ich bin überzeugt, daß es zwar auch so geht, ob aber die Schule dabei zu ihrem Recht kommt, will ich dahingestellt sein lassen. Viel erheblicher ist die wasserwirthschaftliche Frage, die auch in dieser Session nicht wieder erschienen ist. Die königliche Staatsregierung hat sich ja in konstitutionell-parlamentarischem Sinne dem Votum des Hauses vorläufig gefügt, obwohl die Regierung die Besserung der wasserwirthschaftlicher Verhältnisse auch heute noch für ein dringendes Bedürfniß hält. Als Ersatz ist angekündigt, daß die Vorlage „seinerzeit“ wiederkommen würde. Der Abg. Richter hat über diese Wendung eine mißbilligende Aeußerung gethan. Auf mich hat die Wendung einen poetischanmuthenden Eindruck gemacht. Ich erinnere mich da an eine andere große Sehnsucht, die unser Volk hatte, die von allen Kreisen des Volkes, nicht immer von der Regierung getheilt wurde. Das war die Sehnsucht nach Kaiser Barbarossa, von dem der Dichter sagt: Niemals ist er gestorben, er lebt noch heut' und wird einst wiederkommen ins Reich zu seiner Zeit. (Heiterkeit.) Sie lachen darüber, ich glaube, es ist Keiner unter uns, der sagen kann, ob das „Einst“ der Thronrede noch zu unseren Lebzeiten in Erfüllung gehen wird. Frhr. v. Zedlitz hat allerdings gestern auf den Herbst dieses Jahres vertröstet. Ich weiß nicht, ob diese Hoffnung in Erfüllung geht; ich kann es mir nicht denken, denn die große Mehrheit hat ja die Vorlage nicht abgelehnt aus Parteiinteresse, sondern aus der wohlerwogenen Ueberzeugung, daß der Mittellandkanal keine Sache wäre, die ein verständiger Mann machen solle. Eine andere Position kann dann doch nur geschaffen werden, wenn andere Menschen und andere Anschauungen in dies Haus einziehen. Erst dann wird die Erfüllung kommen. Daß der Zolltarif bis zum Herbst erledigt wird, ist wohl ausgeschlossen. Wenn über alle Positionen namentlich abgestimmt wird, kann das ja 10 Jahre dauern. Dann trifft die Zolltarifvorlage am Ende gerade wieder mit der Kanalvorlage zusammen. (Heiterkeit.) Wenn man aber die wasserwirthschaftliche Vorlage mit dem Zolltarif wieder verknüpft, so werden ja vielleicht beide Fragen andauernd in Fluß bleiben, aber zum Abschluß schwerlich kommen. Die Tariffrage der Eisenbahnen kann nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Ob eine Aufforderung der Eisenbahnen aus der Gesammtheit der Staatseinnahmen praktischen Zweck hätte, bezweifle ich; denn auf diese Einnahmen aus den Eisenbahnen wird doch immer zurückgegriffen werden müssen. Das Motto, das der Finanzminister für seine Ausführungen wählt: „Vorsichtig, aber nicht leichtsinnig!“ billige ich durchaus. Gerade in den Zeiten des Niederganges muß Jeder vorsichtig sein, muß die leichtsinnigen Unternehmungen verdammen, aber ebenso gefährlich ist ein übertriebener Pessimismus. Eine Stuhlfabrik wurde bei uns gegründet, 75,000 Dutzend Stühle sollte sie herstellen! Ein vernünftiger Mensch hatte sich gefragt; wo sollen die Stühle alle hin? Und so kam es. Es war zwar der Stuhl da, aber keine Huldа zum Drauffetzen. (Heiterkeit.) Die Landwirthschaft unterstützen wir gern, aber die Rezepte des Bundes der Landwirthe sind ä la Dr. Eisenbart, die können wir nicht billigen. Zufriedenheit würden sie nicht schaffen. Die Agrarier wollen sich freilich mit anderen Parteien darüber nicht verständigen. Selbst der Abg. v. Heydebrand sagte: Wir wünschen eine weitere Erhöhung des Getreidezolles; damit basta! Ich weiß ja nicht, wie weit die Regierung sich wird drängen lassen. Mir fällt dabei auf, daß die einzelnen Ressorts bei der Vertheidigung des Zolltarifs nicht eben eine besondere Aengstlichkeit an den Tag legen. Der Gefahr, die das ausländische Obst, die ausländischen Blumen für unsere Obstzucht und Gärtnerei bedeuten, wollten wir entgegentreten und baten im Interesse des westpreußischen Obstes um Ausnahmetarife. Damals waren die Konservativen dagegen, und der Gegenerklärte: Die Sache ist zu übereilen, warten wir aber noch ab! Jetzt soll nun der Zoll plötzlich alles retten! Auch ich bin ein Anhänger des konstitutionellen Systems, aber deshalb braucht die Regierung noch nicht schwächlich zu sein, und ich finde, sie hat von ihrer Autorität viel eingebüßt. Auf die Provinzialdotationen will ich jetzt nicht eingehen, dazu bietet die zweite Lesung Gelegenheit. Die Kommunalverbände im Osten und Westen sollten einander gegenüber keine Pfennigrechnung aufmachen. Sie haben doch nun einmal auch viele staatliche Aufgaben zu erfüllen. Vergessen Sie aus dem Westen auch nicht, unter was für Verhältnissen wir im Osten zu leiden haben! Der Zug nach dem Westen entführt uns die bei uns kapitalkräftig gewordenen Bürger; sie ziehen nach Berlin und Frankreich, dort ihr Kapital zu verzehren, etwa wie von Berlin nach Charlottenburg. So erleiden wir schwere Verluste, die dem Westen zu Gute kommen. Es kommt darauf an, die Interessen gut auszugleichen. (Beifall.)

Finanzminister Freiherr v. **Rheinbaben**:

Auf die Ausführungen des Dr. J[illegible]ewski glaube ich im Allgemeinen nicht eingehen zu sollen, [illegible] Haus hat kürzlich diese Fragen hinreichend erörtert. Wenn der Abg. v. Jazdzewski aber gemeint hat, die Regierung sollte den polnisch-deutschen Kämpfen in Westpreußen Gewehr bei Fuß zusehen, so erwiedere ich: Zu dieser Höhe der Objektivität kann und darf die preußische Regierung sich nicht erheben. Es handelt sich um die Aufrechterhaltung des Deutschthums. Dann hat Herr Ehlers die Ermäßigung des Tarifes für Obst berührt. Die Frage lag damals so: Kommt die Ermäßigung des Tarifes lediglich dem Osten zu gute, oder müssen wir die Befürchtung hegen, daß auch dem ausländischen Obst dadurch die Einfuhr erleichtert wird? Wir sind natürlich gern bereit, unserem heimischen Obst die Absatzwege möglichst weit zu öffnen. Wenn ein Reichskommissar sich anders ausgesprochen haben sollte, so sind diese Aeußerungen ja nicht bestimmend für die Politik der Gesammtregierung. Dann hat Abg. Ehlers die Kanalvorlage mit dem Kaiser Barbarossa verglichen und gemeint, sie würde auch nicht eher wiederkommen. Nun, der Kaiser Barbarossa war mit seinem Barte in den Marmorstein festgewachsen. Die Kanalvorlage ist nicht festgewachsen, sie wird wiederkommen, und hoffentlich wird das der verehrte Herr Abg. Ehlers auch noch erleben. (Beifall.)

Abg. **v. Eynern** (natl.):

Die Finanzreform, die der Vorgänger des jetzigen Finanzministers begonnen hat, ist noch nicht vollendet. Sie bedarf noch, wie ich schon verschiedentlich ausgeführt habe, recht sehr der Ergänzung. In die Anerkennung des Verdienstes v. Miquels hat der jetzige Herr Finanzminister einen Wermuthstropfen hineingethan, indem er auf Finanzminister einen Wermuthstropfen hineingethan, indem er auf die starken Minderergebnisse der Vermögenssteuer hinwies. Nun, die Krisis hat die Ersparnisse in unserem Staatshaushaltsetat nicht aufgezehrt, und sie wird auch nicht so erheblich sein, daß sie die privaten Ersparnisse aufzehrt. Ich nehme an, daß unsere Vermögenssteuer einen höheren Ertrag als vor drei Jahren ergeben wird. Welch große Reserven aufgehäuft sind, ist auch daraus zu ersehen, daß im Etat der Seehandlung 156 Millionen aufgestapelt sind, die zu Combinationen verwandt werden. Daß bei der Eisenbahnverwaltung ein Mindermehrüberschuß von 21 Millionen erzielt werden würde, war zu erwarten. Zu den geringeren Einnahmen wird auch die Einführung der 45tägigen Rückfahrkarten sehr beitragen. Ich halte im Uebrigen die Einführung der 45tägigen Rückfahrkarten für sehr praktisch. Der Etat der Eisenbahnverwaltung scheint mir sehr vorsichtig aufgestellt zu sein. (Redner läßt im Verlauf seiner Rede seine Stimme so sinken, daß er nur bruchstückweise verständlich ist.) Die Bewilligungen für die Eisenbahnverwaltung sind noch so groß, daß sie mit der Anforderung noch recht viel zu thun hat. Wir könnten also wohl noch manche Ersparungen am Extraordinarium machen. Wir warnen aber vor Ersparnissen am unrechten Orte. Den Bedürfnissen von Industrie und Handel muß besser Rechnung getragen werden. Die Beitragspflicht der Gemeinden müßte einwandfreier geregelt werden. Jetzt läßt die Eisenbahn vielfach die Bauten unausgeführt, um die Gemeinden zu großen Beitragsleistungen bereit zu machen. Die Kommunalsteuergesetzgebung ist einer der schwächsten Punkte der Steuerreform. Zu welchen Steuern greifen die Gemeinden in ihrer Noth? Sie sind sehr verbesserungsbedürftig. Wir sind in diesem Jahre in unserem Verhältnisse zum Reiche schlechter gestellt. Der Finanzminister meinte, das werde die Freude am Reiche stören. So ernst kann ich die Lage doch nicht ansehen. Wir sind ja auch gegenwärtig mit einer Zollvorlage im Reichstage beschäftigt, die voraussichtlich eine Erleichterung der Einanglage schafft. Der Abschluß der Handelsverträge dient ebenso der Befestigung unserer Weltmachtstellung, wie unsere westliche Industrie des Kanals bedarf, wenn sie ihre Weltstellung behaupten will. Das zeigt Frankreich mit seinem Kanalnetz. Ich hoffe deshalb, daß Graf Bülow seine Erklärung zur Kanalvorlage auf seinen Schreibtisch legt und jeden Morgen durchsieht, und daß er daneben das Motto aufstellt: Meine Macht soll für dieses große Werk mit voller Wucht eingesetzt werden. (Beifall.) Die Anschauung, daß man ohne Kanal dem Verkehr im rheinisch-westfälischen Industriegebiet genügen könne, ist längst als veraltet erwiesen, trotzdem der Bund der Landwirthe sie immer wiederholt. Dieser Bund traut sich ja auch die Kraft zu, die Regierung hinsichtlich der Höhe der Getreidezölle weiter zu drängen, als die Vorlage es angiebt. Eine positive Erklärung der Regierung hierzu liegt bis jetzt doch noch nicht vor. Die Worte über die Mittellinie könnte man doch auch so auslegen, als ob sie erst nach den Forderungen des Bundes der Landwirthe gezogen werden solle. Die Provinzialdotationen scheinen die pièce de résistance der Tagung werden zu sollen. Die Klagen des Centrums über mangelnde Parität wollen nicht verstummen, obgleich wir eher Grund zur Beschwerde haben. Wie schädigend ist häufig die Zersplitterung des Schulwesens durch die konfessionellen Schulen für den Lehrerfolg! Die Katholiken werden allerdings darin durch ein Encyklika des Papstes gegen die Evangelischen bestärkt. Die Los von Rom-Bewegung besteht in Oesterreich unter den Katholiken; wo aber eine solche Los von Rom-Bewegung in der evangelischen Kirche vorhanden sein soll, weiß ich nicht. Bei uns ist von einer solchen Agitation gegen die katholische Kirche und ihre Diener nicht die Rede. Vielleicht dient diese Erklärung dazu, den konfessionellen Frieden im Rheinland wieder herzustellen. Herr Trimborn mag sich auch beruhigen. Jene Encyklika ist eine Beleidigung der evangelische Kirche. Unsere Vereine, der Gustav Adolph-Verein, sind die friedfertigsten. Die es giebt. Die Reform der Kommunalsteuer haben auch wir gewünscht. Ohne sie wird die Revision des Kommunalwahlrechtes bei uns nicht angängig sein. Hier spricht man die Hoffnung aus, daß das Syndikat durch den staatlichen Erwerb von Bergwerken zur Preisermäßigung für Kohlen veranlaßt werden würde. Bisher hat aber gerade der Staat mit den Ermäßigungen zurückgehalten, obwohl das Kohlensyndikat ihn dazu aufforderte. Wir haben aber nichts gegen eine Ausdehnung des Staatsbesitzes, wie sie geplant ist, im Rheinland. Vielleicht werden die erhöhten staatlichen Interessen dann endlich die Nothwendigkeit des Kanals zweifellos feststellen. (Beifall.)

Abg. **Kirsch** (Ctr.):

Meine politischen Freunde werden den Etat vorurtheilslos prüfen. Am 11. Januar sprach der Reichskanzler davon: Wenn der Abg. Bebel Minister gewesen wäre, würde er auch nicht anders haben handeln können. Er meinte aber weiter noch, es gäbe doch unter Umständen Volksstimmungen, die ein Minister nicht unbeachtet lassen dürfe, sollten sie über ihn nicht wegwehen. Ich freue mich, daß der Ministerpräsident damit einer parlamentarischen Regierung das Wort geredet hat. Die Erklärungen des Ministers über legislative Bestimmungen für die Krankenpflegeorden befriedigen mich nicht. Ich danke dem Finanzminister, daß er eine größere Summe für die Ausstellung in Düsseldorf angefordert hat. Weniger bin ich mit seinen Erklärungen über die Verwendung der Dispositionsfonds einverstanden. Wir haben diese Positionen bisher abgelehnt und werden es auch ferner thun. Ich will anerkennen, daß die konfessionellen Frage, soweit sie besprochen sind, versöhnlich behandelt sind. Abg. v. Eynern meinte, Abg. Trimborn habe einen neuen Kulturkampf gegen die evangelische Kirche gepredigt. Abg. Trimborn hat aber gerade gesagt, es seien Aeußerungen vorhanden, daß die evangelische Kirche einen neuen Kulturkampf gegen die katholische eröffnen wolle. Zu solchen Befürchtungen giebt die Los von Rom-Bewegung doch durchaus berechtigten Anlaß. Abg. v. Eynern bezeichnete den Gustav-Adolph-Verein als friedfertig; er ist allerdings friedfertiger als der Evangelische Bund. Ich ziehe aber auch dem Gustav-Adolph-Verein den Verein für innere Mission vor. Leider ist gar keine Aussicht, daß der Toleranzantrag Reichstage im Laufe des nächsten Jahres angenommen wird, außerdem richtet sich dieser Antrag hauptsächlich gegen Mecklenburg, Braunschweig und Sachsen. Wie kann der Abg. Nölle da die preußische Regierung bitten, im Bundesrath gegen diesen Antrag zu stimmen! — Sehr bedauerlich ist, daß uns keine Vorlage über die Herabsetzung der Gerichtskosten gemacht ist. Allerdings ist uns ja eine Denkschrift über diese Frage vorgelegt, aber die Schlußfolgerungen derselben sind falsch. Insbesondere kann ich den Grund, daß man jetzt erst die Erfahrungen mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch abwarten müsse, nicht als stichhaltig anerkennen. Daß durch den frühen Sessionsschluß viele Gesetze in der Verlenkung verschwunden sind, bedauere ich nicht so sehr. Wir haben schon viel zu viel Gesetze! Nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs erwartete man, daß eine Pause in der Gesetzmacherei eintreten würde. Das ist aber nicht geschehen. Wir experimentiren auf dem Gebiete der Gesetzgebung viel zu viel. Gegen das Wohnungsgesetz habe ich auch große Bedenken, ich bezweifle, daß etwas Brauchbares zu Stande kommt, dazu ist die Materie viel zu schwierig. Wir haben andere soziale Maßnahmen, die zu demselben Zweck führen können, zum Beispiel die weniger schroffe Anwendung der Baupolizeiverordnungen. (Beifall.)

Justizminister **Schönstedt**:

Der Vorredner hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Gesetzgebungsmaschine langsamer arbeite. Dieser Wunsch steht nicht im Einklang mit dem Bedauern darüber, daß in dieser Session kein Gesetzentwurf über die Herabsetzung der Gerichtskosten zugekündigt sei. Sie werden sich erinnern, daß ich keineswegs eine Zusicherung gegeben habe, daß eine solche Vorlage in der nächsten Session kommen würde. Ich habe nur die Mittheilung eingehenden statistischen Materials über die Ergebnisse der bestehenden Kostengesetzgebung in Aussicht gestellt. Diese Zusicherung habe ich eingelöst. Es ist Ihnen eine Denkschrift zugegangen, die ein außerordentlich reiches Material über diese Frage enthält. Wenn der Abg. Kirsch sich die Mühe geben möchte, und ich bitte ihn darum, es zu thun, diese Denkschrift mit den Tabellen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen — das ist eine sehr dankbare Aufgabe —, so wird er vielleicht doch noch zu dem Ergebniß kommen, daß die Kostensätze zweifellos nicht jeder Berechtigung entbehren. Ich hoffe, dafür zu sorgen, daß in dieser Session auf diesem Gebiete die gesetzgeberische Thätigkeit nicht in Anspruch genommen wird. Ich möchte hierbei noch bemerken, daß die königliche sächsische Staatsregierung in allerjüngster Zeit ihrem Landtage eine Vorlage unterbreitet hat, die dahin geht, daß die Kosten der der Landesgesetzgebung unterliegenden Geschäfte nicht herabgesetzt, sondern um 25 Prozent erhöht werden. Dieser Antrag hat auch Aussicht auf Annahme, weil die Vorlage auf Anregungen in der vorigen Session hin vorgelegt ist. Ich erwarte nicht, daß solche Anregungen auch aus diesem Hause kommen. Ich wünsche das auch gar nicht. Da sich die Gerichtskostenhöhe auch im preußischen Etat fühlbar macht, so glaube ich, ist der Wunsch berechtigt, das Verlangen auf Herabsetzung vorläufig zurückzustellen. (Beifall.)